

Lehrstuhl für Makroökonomik  
**MacroNews**  
3. Kalenderwoche

**Die Elite trifft sich in Davos zum Weltwirtschaftsforum**

Das Weltwirtschaftsforum ist eine in der Schweiz ansässige Stiftung, die durch das gleichnamige alljährliche Treffen von führenden Wirtschaftsexperten, Politikern, Intellektuellen und Journalisten bekannt ist. Dieses Treffen findet im Zeitraum zwischen Januar und Februar statt und dauert fünf Tage. Das Forum wird von knapp 1000 Mitgliedsunternehmen finanziert, die typischerweise ein Umsatz von mindestens 5 Milliarden US-Dollar aufweisen, sowie führend in ihrer Branche und/oder Region sind. Um maßgeblich an der Initiative des Forums mitzuwirken müssen Gebühren zwischen 250.000 und 500.000 Schweizer Franken bezahlt werden.

Das diesjährige Treffen vom 17. – 20. Januar stand unter dem Motto „Responsive and Responsible Leadership“. Es wurden mit 3.000 Teilnehmern so viele wie noch nie erwartet. Chinas Staatspräsident Xi Jinping eröffnete das Weltwirtschaftsforum mit einer Rede, warnte vor neuen Handelskriegen und betonte, dass man sich zusammen in einer Schicksalsgemeinschaft befinden würde. In dieser Schicksalsgemeinschaft müsse man „Nein“ zum Protektionismus sagen, so Xi Jinping. Er kündigte an, den Marktzugang für ausländische Unternehmen zu erleichtern, sowie die Rechtssicherheiten zu verbessern. „Wir stehen für offene und transparente Freihandelsabkommen. [...] Die dringendste Aufgabe ist es, die Weltwirtschaft aus schwierigem Fahrwasser herauszuführen“, sagte Xi. Das Handelsblatt berichtet, dass Xi Jinping den US-Präsidenten Donald Trump nicht namentlich nannte, doch hob er - mit Hinblick auf die politischen Pläne des US-Präsidenten - hervor, dass jeglicher Versuch Handelsströme abubrechen oder zu blockieren nicht funktionieren würde. Ebenso solle kein Land Politik auf Kosten anderer betreiben und somit dürften internationale Vereinbarungen wie das Pariser Klimaabkommen nicht aufgekündigt werden.

Der internationale Verbund von Hilfs- und Entwicklungsorganisationen Oxfam veröffentlichte, wie jedes Jahr zum Weltwirtschaftsforum, die Ergebnisse ihrer Studie zur Vermögensverteilung in ihrem Bericht „An Economy for the 99 percent“. Nach diesem Bericht seien die acht reichsten Menschen der Welt mit einem Gesamtvermögen von 426 Milliarden Dollar so reich wie die ärmere Hälfte der gesamten Bevölkerung. Diese Zahlen wurden aber von Ökonomen weltweit angezweifelt, demnach sei die Aggregation von Nettovermögen eine bedeutungslose Jagd nach Schlagzeilen, wie die Frankfurter Allgemeine berichtet.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

RUB

**Wochenrückblick**

Das Wichtigste in Kürze:  
16. Januar bis 22. Januar

**Mehr Ökostrom in Saudi-Arabien**

Montag, 16. Januar – Einem Bericht von Spiegel Online zufolge sei Saudi-Arabien dazu bereit, in Ökostromprojekte zu investieren. Die Energieversorgung soll breiter aufgestellt und die Abhängigkeit von Öl verringert werden. Im Raum stehen Investitionssummen von insgesamt 30 bis 50 Milliarden Dollar bis 2023, so der Energieminister Chalid-al-Falih auf einer Konferenz in Abu Dhabi. Ein Projekt soll der Bau einer Stromtrasse in den Jemen, Jordanien und nach Ägypten sein. Bisher würden die erneuerbaren Energien nur auf einen Anteil von unter einem Prozent kommen.

**Europäischer Automarkt gewachsen**

Dienstag, 17. Januar – Im vergangenem Jahr verzeichnete der europäische Automarkt ein Absatzzuwachs von 6,8 Prozent, wie der europäische Branchenverband ACEA mitteilte. Den stärksten Zuwachs unter den großen Absatzländern erzielte Italien, mit einem Zuwachs von fast 16 Prozent. Der Marktführer Volkswagen verkaufte 0,5 Prozent weniger Autos, jedoch mit den zum Volkswagen Konzern gehörenden anderen Marken konnten 2016 3,5 Prozent mehr Autos verkauft werden als im Vorjahr.

Lehrstuhl für Makroökonomik  
**MacroNews**  
3. Kalenderwoche

Während des Weltwirtschaftsforums wurde auch das Thema Vermögensverteilung vielfach aufgegriffen. Christine Lagarde, Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), erneuerte ihre Kritik an die Politik, die sie bereits vor drei Jahren auf dem WEF angebracht hat, indem sie der Mittelschicht in den westlichen Industrienationen eine Krise mit fehlendem Vertrauen und Hoffnung in die Politik attestierte. Sie fordert die Politik auf endlich die Signale der Bevölkerung zu verstehen und dem Populismus nicht weiter die Tore zu öffnen. Der italienische Finanzminister Pier Carlo Padoan sieht es ähnlich, demnach gäbe es kaum ein Land indem keine Unzufriedenheit herrsche und die Mittelschicht „desillusioniert über die Zukunft, über die Jobperspektiven für ihre Kinder und die Sicherheit“ sei.

Auf dem Weltwirtschaftsforum werden mögliche Lösungsmöglichkeiten für das Problem der ungleichen Vermögensverteilung diskutiert. So schlägt Lawrence Henry Summers, der ehemalige Finanzminister unter Bill Clinton, eine dreiteilige Lösung vor. Die Politik müsse mehr für die Bildung und Infrastruktur leisten, die Aufstiegschancen verbessern und dafür sorgen, dass Steuerparadiese den Industrienationen das dringend benötigte Steuergeld nicht entziehen. Ein anderer möglicherer Ansatz wird unter anderem von Marc Benioff, Chef der kalifornischen Softwarefirma Salesforce, vertreten. Demnach wäre ein Grundeinkommen eine gute Möglichkeit, diejenigen aufzufangen, die durch die Globalisierung und Digitalisierung ihren Job verlieren, so Benioff. Er befürwortet die Experimente mit dem Grundeinkommen, wie es seit diesem Jahr auch Finnland macht.

**Hintergrund: Freihandel; Vermögensverteilung**  
[Süddeutsche: Wirtschaftselite rätselt über die Ängste der Mittelschicht](#)

RUB

**Anstieg der gefühlten Inflation**

Freitag, 20. Januar - Die gefühlte Inflation in Deutschland ist nach Berechnung der Großbank UniCredit im Dezember auf 2,3 Prozent gestiegen. Dem Deutschland-Chefvolkswirt Andreas Rees zu Folge ist dies der höchste Wert seit Juli 2013. Im Vormonat November lag die gefühlte Inflation noch bei einem Wert von 0,3 Prozent. Als Grund für diesen rasanten Anstieg sieht Andreas Rees die steigenden Kraftstoffpreise und die teureren Lebensmittel. Mit einer gefühlten Inflation von 2,3 Prozent lag diese deutlich höher als die tatsächliche Inflation, die im Dezember bei 1,7 Prozent lag. Diese Differenz entsteht dadurch, dass bei der Berechnung für die gefühlte Inflation Dinge des täglichen Bedarfs, wie Brot und Benzin höher gewichtet werden als diese, die nicht so häufig gekauft würden. Befragte Ökonomen rechnen durch die wahrscheinlich weiter ansteigende gefühlte Inflation mit einem geringeren Wachstum des privaten Konsums. Für das aktuelle Jahr wird mit einem Zuwachs von 1,4 Prozent gerechnet, im vergangenen Jahr lag der Zuwachs noch bei etwa 2 Prozent, so das Handelsblatt

**Zahl der Woche**

**1 Milliarde €**

weniger Rüstungsexporte als im Vorjahr wurden von der Bundesregierung genehmigt.

Reuters